

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 03.12.2019

1) TOP Einwohnerfragen

Es werden keine Fragen gestellt.

2) TOP 2-006/19 Vereinsförderung - Schnuferzunft Pfohren - Zuschuss Narrentreffen 2020

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 2-006/19 ein.

Auf Grundlage der Vereinsförderrichtlinien schlage die Verwaltung dem Gemeinderat die Förderung der Schnuferzunft e.V. im Rahmen der Gleichbehandlung vor.

Frau Feger: Nach Fertigstellung der Sitzungsvorlage habe die Schnuferzunft die Stadtverwaltung noch über weitere Zuschussmöglichkeiten informiert: Für das Narrentreffen seien drei Werbepartnerschaften (Bronze Sponsor 200 €, Silber Sponsor 400 € und Gold Sponsor 800 Euro) angeboten worden. Die vorgesehenen Shuttlebusse, könnten von der Stadt gefördert werden.

Oberbürgermeister Pauly: An dem Beschlussvorschlag ändere sich dadurch nichts.

Fraktionssprecher Blaurock: Der Antrag finde seine volle Unterstützung.

Ortsvorsteher Feucht: Er bitte den Gemeinderat, den Antrag wohlwollend zu prüfen und zu bewilligen. Der Zuschuss sei für den Verein erforderlich, um eine professionelle Veranstaltung durchführen zu können. Alle seien zu der Veranstaltung eingeladen.

Stadträtin Wesle: Sie wolle sich dem anschließen und bitte die Gemeinderäte um ihre Zustimmung.

Stadtrat Reith: Er wünsche dem Verein viel Erfolg und sage seine Unterstützung zu.

Fraktionssprecherin Weishaar und Fraktionssprecher Vetter schließen sich ebenfalls an.

Beschluss:

1. Die Schnuferzunft Pfohren e.V. erhält zur Durchführung des Freundschaftstreffens der Schwarzwälder Narrenvereinigung 2020 eine zusätzliche Förderung der Leistungen der Technischen Dienste Donaueschingen bis zu 5.000,00 Euro.
2. Die Mittel sind im Haushaltplan 2020 einzustellen.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Herr Moosmann, Vorsitzende der Narrenzunft: Er bedanke sich bei den Gemeinderäten für die Bewilligung des Förderantrags. Alle seien zum Freundschaftstreffen der Schwarzwälder Narrenvereinigung 2020 eingeladen.

3) TOP 4-075/19 Rathaus IV, Villinger Straße 37 / Reinigung - Vergabevollmacht

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-075/19 ein.

Die Vergabe bleibe im Rahmen der veranschlagten Mittel.

Beschluss: Der Gemeinderat erteilt dem Oberbürgermeister eine Vergabevollmacht zur Vergabe der Reinigungsarbeiten.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

4) TOP 4-102/19 Gutachterausschuss - Neubesetzung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-102/19 ein.

Zum Jahreswechsel werde der Gutachterausschuss mit nur fünf Mitgliedern neu besetzt. Herr Stadtrat Achim Durler und der Architekt, Herr Alexander Schmid, seien bereit zurückzutreten.

Stadtrat Durler: Seine Entscheidung sei in Absprache mit Herrn Stadtrat Vetter erfolgt. Er danke den Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

Oberbürgermeister Pauly: Als Mitglieder des Gemeinsamen Gutachterausschusses für Donaueschingen stünden die Stadträte

- Gottfried Vetter
- Franz Wild
- Christian Kaiser
- Hermann Widmann sowie
- Frau Dipl. Ing. Margit Zeller

zur Wahl.

Als Vorsitzender könne erneut Stadtrat

a) Gottfried Vetter

und als 1. Stellvertreter (gem. § 2 Abs. 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung)
Stadtrat

b) Franz Wild

gewählt werden.

Beschluss:

1. Als Mitglieder des Gemeinsamen Gutachter-
ausschusses werden für Donaueschingen zum
1. Januar 2020 gewählt:

- Gottfried Vetter
- Franz Wild
- Christian Kaiser
- Hermann Widmann
- Dipl. Ing. Margit Zeller

2. Als Vorsitzender wird

c) Gottfried Vetter

und als 1. Stellvertreter (gem. § 2 Abs. 3 der öffent-
lich-rechtlichen Vereinbarung)

d) Franz Wild

gewählt.

3. Die bisherigen Mitglieder des Gutachterausschusses

- Achim Durler
- Architekt Alexander Schmid

werden zum 31. Dezember 2019 abbestellt.

4. Die Information zur noch ausstehenden Wahl der
Gutachter aus den künftigen Mitgliedsgemeinden
und der Bestellung der künftigen Vertreter der zu-
ständigen Finanzbehörde wird zur Kenntnis ge-
nommen.

(32 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)

5) TOP 4-101/19 Gutachterausschuss / Gebührensatzung - Änderung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-101/19 ein.

Beschluss:

1. Der vorgeschlagenen Gebührenänderung und Anpassung wird zugestimmt.
2. Die aktuelle Gutachterausschuss-Gebührensatzung in der Fassung vom 4. November 2009 tritt zum 31. Dezember 2019 außer Kraft.
3. Die in Anlage 2 ersichtliche neue Gutachterausschuss-Gebührensatzung soll zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Satzungsaktualisierung (Öffentliche Bekanntmachung und Vorlage bei Rechtsaufsicht) einzuleiten.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

6) TOP 7-056/19 Haushalt 2020 - Fortführung der Beratungen zum Finanzhaushalt sowie zur mittelfristigen Finanzplanung, Beschluss des Ergebnishaushalts

Oberbürgermeister Pauly führt in die erste Tischvorlage Nr. 7-056/19/1 ein.

Amtsleiter Biehler führt in die zweite Tischvorlage Nr. 7-056/19/2 ein.

Im Anschluss wird über Beschlussvorschlag Nr. 1 wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

Dem Ergebnishaushalt 2020 wird entsprechend des Ergebnisses der Beratung im Hauptausschuss und der weiteren vorliegenden Änderungen zugestimmt.

(27 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

Fraktionssprecher Vetter: In seiner Fraktion sei dem Beschlussvorschlag Nr. 1 nicht zugestimmt worden, da die Gewerbesteuer in Donaueschingen nicht erhöht worden sei, was die SPD-Fraktion beantragt habe und bei dem Investitionsvolumen für richtig halte.

Oberbürgermeister Pauly: Das Thema „Gewerbesteuererhöhung“ werde in der Klausurtagung eingehend erörtert.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen im Finanzhaushalt:

Teilhaushalt 2 - Tourismus und Marketing, Seite 424

Profitcenter 42.40 – Bäder

Parkschwimmbad Donaueschingen, Generalsanierung, Planung- u. Baukosten:

Fraktionssprecher Blaurock: Er wolle wissen, ob es Planungen für ein Naturschwimmbad gebe und welche Lösung für die Sanierung des Schwimmbeckens besser sei, die Folienlösung oder die Sanierung aus Edelstahl.

Amtsleiter Unkel: Das Projekt „Naturschwimmbad“ sei eine komplexe Materie und erfordere zusätzliche Planungskosten. Das bedeute, dass es sich nicht um eine Planungsvariante handle, sondern dass zwei Planungen nebeneinander durchzuführen wären. Im Sanierungsfall könne die Folienlösung der Verwendung von Edelstahl gegenübergestellt werden.

Stadtrat Reith: Die Planung solle auf das Naturschwimmbad erweitert werden.

Oberbürgermeister Pauly: Das Naturschwimmbad koste nicht mehr, als die in 2021 und 2022 veranschlagten Haushaltsmittel. Die Chancen auf Förderungsgelder seien gering. Im Jahr 2020 solle der Technische Ausschuss prüfen, inwieweit alternativ ein Naturschwimmbad Sinn mache, um keine unnötigen Planungskosten zu verursachen.

Fraktionssprecher Vetter: Auch wenn der Antrag auf den Zuschuss noch nicht beschieden sei, solle der Sperrvermerk aufgehoben werden. Es sei Zeit zu planen, damit es nicht viel teurer werde.

Fraktionssprecher Greiner: Er wolle wissen, wann der Antrag nächstes Jahr beschieden werde. Er sei dagegen, die Sperrvermerke aufzuheben.

Oberbürgermeister Pauly: Der Bescheid werde im Frühjahr 2020 erwartet.

Amtsleiter Unkel: Der Sperrvermerk könne auch nur für die Baukosten erteilt werden. Planungskosten seien für den Förderungsantrag nicht schädlich.

Oberbürgermeister Pauly: Der Sperrvermerk gelte dann nur für die Baukosten. Die Planungskosten in Höhe von 500.000 Euro seien dann ohne Sperrvermerk im Haushaltsplan veranschlagt.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Der Sperrvermerk betrifft lediglich die Baukosten. Die Planungskosten in Höhe von 500.000 Euro sind davon ausgenommen.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Profitcenter 42.41-Sportstätten, Seite 426

Sportzentrum Haberfeld – Neubau Vereinsheim

Fraktionssprecher Greiner: Er stelle den Antrag, für das Sportzentrum Haberfeld lediglich Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro einzustellen, um prüfen zu können, was dort machbar sei. Alles Weitere könne in den folgenden Jahren entschieden werden.

Amtsleiter Unkel: Für die Planungsphase und einen ersten Entwurf seien Planungskosten in Höhe von 100.000 Euro zu erwarten.

Stadtrat Reith: Das könne so veranschlagt werden.

Fraktionssprecher Greiner: Der bisherige Standort sollte wegen möglicherweise freiwerdenden Bauflächen mitberücksichtigt werden.

Fraktionssprecher Blaurock: Er sei dafür, den Terminus „Gegenfinanzierung“ zu streichen, da die Fläche städtisches Eigentum sei.

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Er habe noch nichts davon gehört, dass für die freiwerdende Fläche keine Wohnungsplanung möglich sei.

Fraktionssprecher Greiner: Sein Antrag ändere sich dahingehend, die weiteren Kosten nicht zu streichen, sondern zu verschieben seien.

Stadtrat Vetter: Planungskosten in Höhe von 100.000 Euro seien vertretbar. 2 Millionen Euro sollten als Baukosten im Jahr 2024 eingestellt werden.

Stadtrat Roland Erndle: Das sei eine große Summe an Planungs- und Investitionskosten für einen Verein. Aber hier seien auch andere Vereine auf der Suche nach einem neuen Domizil. Bereits vorgesehen sei, dass weitere vier bis fünf Vereine das neue Vereinsheim dauerhaft und weitere zwei Vereine das Vereinsheim unregelmäßig belegen wollten. Ferner fänden dort die Bundesjugendspiele von sieben Schulen statt. Auch seien die Feuerwehr und die Bundeswehr an einer Nutzung interessiert.

Oberbürgermeister Pauly: Der Arbeitstitel für den Haushaltsmittelansatz könne in „Neubau Stadiongebäude“ geändert werden.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Der Änderung des Arbeitstitels in „Neubau Stadiongebäude“ wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Fraktionssprecher Dr. Wagner: Der neue Arbeitstitel sei gut gewählt, seine Fraktion verzichte auf den Antrag, die Investitionskosten zu streichen. Der Antrag der SPD-Fraktion, die Haushaltsmittel in das Jahr 2024 zu verschieben, sei ein guter Kompromiss.

Beschluss: Der Reduzierung der Kosten von 400.000 Euro auf 100.000 Euro als Planungskosten in 2020 und der Verschiebung und Reduzierung der Baukosten auf 2 Millionen Euro ins Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Mehrzweckhalle Pfohren, Seite 426

Einstellung eines Modernisierungs- und Gebäudekonzepts

Ortsvorsteher Feucht: Er stelle den Antrag, die Mittel in Höhe von 30.000 Euro für die Modernisierung der Mehrzweckhalle in Pfohren von 2021 auf 2020 vorzuziehen. Die Maßnahme sei dringend notwendig.

Stadtrat Wild: Er wolle den Antrag unterstützen. Eine Ortsbegehung habe stattgefunden.

Beschluss: Dem Vorziehen der Maßnahme von 2021 auf 2020 wird zugestimmt.

(30 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)

Teilhaushalt 3 – Öffentliche Ordnung, Seite 426

Profitcenter 11.26.31 – Zentrale Bußgeldstelle

Bußgeldstelle – Kamera Geschwindigkeitsmessanlage

Fraktionssprecher Greiner: Er beantrage, die Haushaltsmittel für die Kamera zu schieben.

Amtsleiter Dereck: Die Kamera müsse dringend beschafft werden, da es nächstes Jahr keine Ersatzteile für die derzeitige Kamera (Baujahr 1994) mehr gebe. Eine Messung sei bei einem Ausfall nicht mehr möglich. Die Kamera sei regelmäßig defekt. Das Fahrzeug habe dann keine zwei Kameras zur Verfügung. 2018 seien 4000 Geschwindigkeitsübertretungen gemessen worden und 2019 sogar 6200. Das Fahrzeug habe bessere erzieherische Wirkung als die Messanlage.

Oberbürgermeister Pauly: Durch die Messungen gebe es auch Einnahmen. In der Bürger-sprechstunde werde er von Bürgern oft um Veranlassung von Geschwindigkeitsmessungen gebeten.

Amtsleiter Dereck (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): Die Anschaffungskosten von mobilen Hightech-Blitzern, sog. Enforcement Trailern, seien mit 140.000 Euro teurer, als das Fahrzeug und die Kamera.

Fraktionssprecher Blaurock: Die Bürger würden sich durch Raser belästigt fühlen. Die mobilen Blitzer seien von großer Bedeutung.

Ortsvorsteher Feucht: Das Fahrzeug sei dringend notwendig. Er verstehe die Diskussion nicht.

Es gebe eher ein Mehrbedarf an Fahrzeugen

Stadtrat Lind: Das Smiley-Messgerät in Aufen reiche aus.

Fraktionssprecher Greiner: Er beantrage die Verschiebung der Mittel in Höhe von 64.000 Euro für die Ersatzbeschaffung des neuen Dienstfahrzeugs (Radaranlage) von 2020 nach 2021.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme von 2020 auf 2021 zu verschieben wird nicht zugestimmt.

(10 Ja, 1 Enthaltung, 21 Nein)

Profitcenter 12.20 – Ordnungswesen

Ordnungswesen - Besucherleitkonzept

Amtsleiter Dereck (auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Das Besucherlenkungskonzept sei notwendig, da es bei den Riedseen viele Probleme gebe und die Besucher nicht wüssten, wo der Naturschutzbereich sei und wo Freizeitgestaltung erlaubt sei.

Fraktionssprecher Greiner: Er schlage die Beschilderung der Schutzgebiete vor, dann seien nur 5.000 Euro statt 30.000 Euro erforderlich.

Ortsvorsteher Feucht: Es gebe massive Probleme mit Vermüllung und der Abholzung von Biotop Flächen. Verbotsschilder „Zutritt verboten“ seien da gewesen, würden aber nicht ausreichen. Die Polizei habe auch nachts Einsätze wegen Partys, bei denen Notstromaggregate verwendet würden. Ein Besucherlenkungskonzept ermögliche, Wege freizugeben oder zu verbieten. Die Polizei könne so den Aufenthalt oder die Nutzung verbieten und Bußgelder verhängen. Er schlage einen Ortstermin vor, um die Umsetzbarkeit zu prüfen und die Ausgestaltung zu besprechen. Ob dafür 30.000 Euro benötigt würden, sei offen.

Oberbürgermeister Pauly: Die Maßnahme könne um ein Jahr verschoben werden und dem Technischen Ausschuss zur Prüfung vorgelegt werden.

Amtsleiter Dereck: Herr Dr. Bronner, Umweltberater, könne das Konzept im Technischen Ausschuss vorstellen.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme von 2020 nach 2021 zu verschieben und dem Technischen Ausschuss zur Prüfung vorzulegen wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Profitcenter 12.60 Brandschutz – Pfohren, Seite 427

Feuerwehrgerätehaus Machbarkeitsstudie Anbau/Neubau

Fraktionssprecher Greiner: Er beantrage den Ansatz in Höhe von 50.000 Euro für die Machbarkeitsstudie „Anbau/Neubau Feuerwehrgerätehaus“ zu halbieren.

Amtsleiter Unkel: Es gebe Sicherheitsmängel, die Umkleieräume seien zu klein und das neue Feuerwehrfahrzeug brauche Platz. Es stelle sich die Frage der Erweiterung des Bestands oder eines Neubaus.

Ortvorsteher Feucht: Ein Neubau sei wegen der Trennung der sanitären Anlagen für Damen und Herren und auch wegen der Bodenabsenkung besser.

Fraktionssprecher Dr. Wagner: Es gebe Handlungsbedarf, die Mittel seien gut eingesetzt. Die Freiwillige Feuerwehr habe genügend Nachwuchs, hier solle nicht gespart werden.

Fraktionssprecher Blaurock: Er wolle mithilfe eines Gutachtens und einer Ortsbegehung klären lassen, ob der Raum- und Flächenbedarf in dem Altgebäude realisierbar sei. Falls nicht, seien die Bedingungen für einen Neubau darzustellen. Dabei spiele die Standortfrage eine Rolle.

Fraktionssprecher Greiner: Er wolle keine 50.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie „Bestand“ investieren, 25.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie „Neubau“ reiche aus.

Fraktionssprecher Vetter: Eventuell reiche ein Anbau aus. Für die Untersuchung seien Kosten in Höhe von 10.000 Euro ausreichend.

Amtsleiter Unkel: In dieser Reihenfolge sei die Untersuchung vorgesehen, daher seien 50.000 Euro veranschlagt worden. Das neue Fahrzeug passe nicht in die bestehende Garage. Die Bodenabsenkung sei erforderlich, da es so schnell kein neues Feuerwehrgerätehaus gebe.

Fraktionssprecher Blaurock: Die Anschaffung des Fahrzeugs sei erst in 2022 geplant. Bis dahin könne mit ungefähr 10.000 Euro der Bedarf geprüft werden.

Fraktionssprecher Vetter: Eine Machbarkeitsstudie in Höhe von 10.000 Euro sei richtig. Wenn als Ergebnis ein Neubau erforderlich wäre, könne die Anschaffung des Fahrzeugs verschoben werden.

Stadtrat Durler: Die Kosten in Höhe von 10.000 Euro seien entbehrlich, da es bereits kompetente Leute gebe, die die Prüfung vornehmen könnten. Er beantrage die interne Prüfung und Streichung des Ansatzes (Antrag 1).

Fraktionssprecher Dr. Wagner: Er sei dafür, 10.000 Euro für die Machbarkeitsstudie „Anbau / Altbestand“ einzustellen, um Maßnahmen am Bestand ausschließen zu können. Dann seien Mittel für die Planung eines Neubaus zu veranschlagen (Antrag 2).

Fraktionssprecher Blaurock: Er beantrage 10.000 Euro für die Machbarkeitsstudie „Anbau / Altbestand“ einzustellen und 25.000 Euro für die Planung eines Neubaus mit Sperrvermerk (Antrag 3).

Fraktionssprecher Greiner: Er ziehe seinen anfangs gemachten Antrag, 25.000 Euro einzustellen, zurück und schließe sich dem Antrag der Grünen-Fraktion an (Antrag 3)

Der Gemeinderat stimmt über die gestellten Anträge wie folgt ab:

Antrag 1:

Beschluss: Der Streichung des Ansatzes von 50.000 Euro wird nicht zugestimmt.

(9 Ja, 20 Nein, 3 Enthaltungen)

Antrag 2:

Beschluss: Der Einstellung von 10.000 Euro für die Machbarkeitsstudie „Altbestand“ wird nicht zugestimmt.

(5 Ja, 24 Nein, 3 Enthaltungen)

Antrag 3:

Beschluss: Der Einstellung von 10.000 Euro für die Machbarkeitsstudie „Anbau/Altbestand“ und der Einstellung von 25.000 Euro Planung/Neubau mit Sperrvermerk wird zugestimmt.

(26 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung)

Teilhaushalt 4 – Hochbauamt, Seite 427

Profitcenter 11.24 –Gebäudemanager. / Techn. Immobilienmanager.

Grünigen – Rathaus / Kirchplatz, Mobiler Sonnenschutz

Fraktionssprecher Greiner: Der mobile Sonnenschutz sei nicht notwendig, er beantrage die Streichung.

Fraktionssprecher Dr. Wagner: Er sehe das auch so, es gebe dort nur wenige Veranstaltungen.

Ortsvorsteher Böhm: Der Antrag sei von seinem Vorgänger gestellt worden. Aufgrund der wenigen Veranstaltungen könne auf den Sonnenschutz verzichtet werden.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Der Streichung der Maßnahme wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Grüningen – Probelokal – funktionale Erweiterung

Ortsvorsteher Böhm: Er stelle den Antrag, die alte Halle in einen Proberaum umzubauen. Dieser wäre dann auch als Sitzungssaal nutzbar. Mit einer Machbarkeitsstudie solle diesen Vorschlag überprüft werden. Dafür seien weniger als die ehemals in 2023 veranschlagen 300.000 Euro (rot) notwendig.

Oberbürgermeister Pauly: Damit hätte Altbürgermeister Bernhard Kaiser die Wette gewonnen. Damals habe gesagt, er könne wetten, dass Forderungen kommen, die alte Halle nutzbar zu machen, sobald die neue Halle da sei.

Ortsvorsteher Böhm: Die Halle könne mit einer Akustikdecke versehen und als Proberaum genutzt werden.

Oberbürgermeister Pauly: Das solle der Technische Ausschuss beraten, bevor dafür eine Summe eingestellt werde.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Der Vorgehensweise wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Grüningen – Sanierung Außentreppe

Stadtrat Reith: Er stelle den Antrag, die Sanierung der Außentreppe von 2021 in 2023 zu verschieben.

Beschluss: Der Verschiebung der Maßnahme von 2021 nach 2023 wird zugestimmt.

(30 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)

Hubertshofen, Rathaus Generalsanierung, Planungs- und Baukosten

Fraktionssprecher Vetter: Er wolle wissen, ob es für die Generalsanierung einen Förderungszuschuss gebe.

Amtsleiter Butsch: Es gebe einen ELR Zuschuss in Höhe von 60.000 Euro, die 2021 auf der Einnahmenseite zu veranschlagen seien. Die Baukosten in Höhe von 200.000 Euro könnten mit einem Sperrvermerk in 2021 versehen werden. Der tauche nur in der Excel Tabelle, nicht in der Haushaltssatzung 2020 auf.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Die Baumaßnahme mit einem Sperrvermerk zu versehen sowie den ELR Zuschusses als Einnahme in 2021 zu veranschlagen wird zugestimmt

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Teilhaushalt 4 – Hochbauamt, Seite 428

Profitcenter 11.24 –Gebäudemant. / Techn. Immobilienman.

Neudingen - Vereinsgebäude, Ersatzbeschaffung Stühle

Ortsvorsteher Münzer: Die Sparkassen-Stiftung könne nun doch keine Stühle spenden wie angekündigt. Zu den 30 Stühlen seien auch 5 neue Tische zu beschaffen. Er beantrage die Mittel von 2.000 Euro auf 3.000 Euro zu erhöhen und auf 2020 vorzuziehen.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Mittel von 2.000 Euro auf 3.000 Euro zu erhöhen und auf das Jahr 2020 vorzuziehen, wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Neudingen – Gnadentalkapelle

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): Die Förderungsmittel in Höhe von 140.000 Euro würden als Einnahmen in 2020 veranschlagt werden.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Nähere Angaben zu den Grundstücksverkäufen in Höhe von 2,1 Millionen Euro könne er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung geben.

Profitcenter 54.60 Parkierungseinrichtungen

Parkdeck Mühlenstraße

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Dr. Wagner): Ein Parkleitsystem sowie eine elektronische Verkehrssteuerung für den Parksuchverkehr sei ein größeres Projekt und könne besser im Technischen Ausschuss vorbesprochen werden.

Teilhaushalt 6 – Bildung und Soziales, Seite 430

Profitcenter 21.10.01 Bereitstellung und Betrieb von Grundschulen

Erich Kästner-Schule, Schulerweiterung und Sanierung, Planungskosten

Fraktionssprecher Vetter: Er beantrage die Planungskosten der Erich Kästner-Schule wieder in Höhe von 150.000 Euro von 2022 nach 2021 vorzuziehen.

Fraktionssprecher Dr. Wagner: Er stimme wegen der Platzprobleme zu.

Fraktionssprecher Greiner: Er frage sich, ob das Hochbauamt, das Projekt in 2021 bewältigen könne.

Amtsleiter Unkel: Die Ausführung der Maßnahme solle zügig erledigt werden.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme von 2021 auf das Jahr 2020 vorzuziehen, wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Teilhaushalt 6 – Bildung und Soziales, Seite 433

Profitcenter 21.10.06 Bereitstellung und Betrieb von Gymnasien

Fürstenberg-Gymnasium – Einhausung Müllplatz

Stadtrat Roland Erndle: Er beantrage die Streichung der Mittel. Die Einhausung könne im Rahmen von Schülerprojektwochen verwirklicht werden.

Amtsleiter Unkel: Der Eingangsbereich sei so offen und der Müllplatz der Schule gut zugänglich, so dass auch Privatmüll entsorgt werde. Die Maßnahme ließe sich im Rahmen eines Schulprojekts mit Materialkosten in Höhe von 3.000 Euro realisieren.

Beschluss: Der Reduzierung der Maßnahme auf 3.000 Euro wird zugestimmt.

(26 Ja, 6 Nein, 0 Enthaltungen)

Teilhaushalt 9 – Bildung und Soziales, Seite 433

Profitcenter 11.25-92 TDDS

City Car Innerstädtischer Einsatz Kauf nach Leasing

Amtsleiter Monien (auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Er prüfe, ob statt des Leasingvertrags die Anschaffung in Frage komme.

Profitcenter 54.10-91 Gemeindestraßen

Alte Wolterdinger Straße, II. BA Sonnhaldenstraße bis MediClin

Stadträtin Riedmaier: Sie schlage vor, die Maßnahme zu verschieben.

Fraktionssprecher Blaurock: Die Maßnahme sei oft geschoben worden und nun fällig. Die Straße sei in einem gefährlichen Zustand.

Stadtrat Wild: Er wolle wissen, ob Erschließungsbeiträge erhoben werden könnten, da die Straße sehr alt sei.

Amtsleiter Butsch: Das werde geprüft.

Hindenburgring Umbau, Baukosten

Fraktionssprecher Greiner: Er beantrage die Verschiebung der Maßnahmen am Hindenburgring um jeweils ein Jahr, da die Maßnahme ansonsten parallel zum Neubau der Realschule laufe.

Fraktionssprecher Blaurock: Bei einer Verschiebung bleibe von dem ursprünglichen Verkehrskonzept nichts mehr übrig.

Stadtrat Wild: Der Bau der Realschule solle abgewartet werden.

Fraktionssprecher Dr. Wagner: Er schlage vor, sich erst auf der Klausurtagung festzulegen und die Maßnahme nicht grundsätzlich zu verschieben. Im Gespräch seien da auch die Wege zur Realschule.

Beschluss: Die Verschiebung der Maßnahme jeweils auf das nächstfolgende Jahr wird abgelehnt.

(13 Ja, 19 Nein, 0 Enthaltungen)

Teilhaushalt 9 Tiefbaumt, Seite 434
Profitcenter 54.10-91 Gemeindestraßen

Aasen – Käppelestraße, Neugestaltung Parkplatz Kindergartenbereich

Fraktionssprecher Greiner: Er beantrage die Verschiebung der Maßnahme in Höhe von 205.000 Euro von 2020 nach 2022.

Ortsvorsteher Hall: Er sei damit einverstanden.

Beschluss: Der Verschiebung der Maßnahme von 2020 nach 2022 wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Uhlandstraße, Straßenausbau und Gehweg

Stadtrat Roland Erndle: Er stelle den Antrag, die Maßnahme in Höhe von 350.000 Euro um ein Jahr zu verschieben.

Amtsleiter Monien: Das sei trotz einiger Mängel an der Straße vertretbar.

Beschluss: Der Verschiebung der Maßnahme von 2020 nach 2021 wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Grüningen – Bergring, Sanierung Stützwand

Ortsvorsteher Böhm: Er beantrage die beiden Ansätze der Maßnahme in Höhe von 10.000 Euro und 170.000 Euro jeweils um ein Jahr zu verschieben.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Der Verschiebung der Maßnahme in Höhe von 10.000 Euro von 2020 nach 2021 und der Verschiebung der Maßnahme in Höhe von 170.000 Euro von 2021 nach 2022 wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Teilhaushalt 9 Tiefbaumt, Seite 435
Profitcenter 54.10-91 Gemeindestraßen

Aasen, 1. BA Ostbaarstraße bis Rathaus, 3. BA Rathaus bis Grubenstraße

Fraktionssprecher Vetter: Die Maßnahme in Höhe von 300.000 Euro für den 1. BA Ostbaarstraße solle verschoben werden.

Ortsvorsteher Horst Hall: Ein Teil der Maßnahme könne verschoben werden.

Oberbürgermeister Pauly: Er schlage vor, stattdessen die Maßnahme des 3. Bauabschnitts „Rathaus bis Grubenstraße“ in Höhe von 160.000 Euro um ein Jahr zu verschieben.

Ortsvorsteher Horst Hall: Er sei damit einverstanden.

Beschluss: Der Verschiebung der Maßnahme von 2020 nach 2021 wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Pfohren – Im oberen Grund / Schlehenweg, Neubau Bushaltestelle

Ortsvorsteher Feucht: Er beantrage, die Maßnahme in Höhe von 50.000 Euro vorzuziehen, da die Kreisstraße in Pfohren auch in 2020 gebaut werde.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Der Verschiebung der Maßnahme von 2020 nach 2021 wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Teilhaushalt 9 Tiefbaumt, Seite 436
Profitcenter 54.10-91 Gemeindestraßen

Allmendshofen –Georg-Mall-Brücke (Zubringer) Sanierung – Zuschuss Land

Fraktionssprecher Blaurock: Er bitte um Anpassung der Beträge für die Maßnahme, da aufgrund der erfolgreichen Vergabe weniger Sanierungskosten im Vergleich zu den ursprünglich geplanten Kosten anfielen.

Frau Armbruster: Das Ergebnis verändere sich noch aufgrund der Anpassung des Zuschusses.

Pföhren – Oberer Weg Ausbau

Ortsvorsteher Feucht: Er schlage vor, die Maßnahme in Höhe von 15.000 Euro für den „Ausbau Oberer Weg“ in Pföhren auf 2020 vorzuziehen.

Hierauf erfolgt kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme von 2021 auf das Jahr 2020 vorzuziehen, wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Frau Armbruster stellt abschließend in einer kurzen Zusammenfassung die veränderten Ergebnisse vor.

Beschluss:

1. Dem Ergebnishaushalt 2020 wird entsprechend des Ergebnisses der Beratung im Hauptausschuss und der weiteren vorliegenden Änderungen zugestimmt.

(27 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich in der Beratung zum Entwurf des Finanzhaushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung ergebenden Änderungen in den Haushaltsplan 2020 einzuarbeiten.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

7) TOP Mitteilungen der Verwaltung

CDU Antrag, Sanierung Parkschwimmbad

Oberbürgermeister Pauly: Der Antrag der CDU Fraktion vom 26.11.2019 bezüglich der Sanierung des Parkschwimmbads werde geprüft.

Sitzungen des Gemeinderats und des Technischen Ausschusses

Oberbürgermeister Pauly: Nach Abschluss der Haushaltsberatungen fände die optional geplante Gemeinderatssitzung am 10. Dezember 2019 nicht statt.

Da für die Sitzung des Technischen Ausschusses keine Tagesordnungspunkte festgelegt worden seien, fielen auch diese Sitzung am 10. Dezember 2019 aus.

8) TOP Anfragen und Anregungen aus dem Gemeinderat

Bauausschusssitzung am 10. Dezember 2019

Stadtrat Durler: Er schlägt vor, die Sitzung des Bauausschusses am 10. Dezember 2019 auf 18 Uhr zu verschieben.

Oberbürgermeister Pauly verlegt die Sitzung des Bauausschusses am 10. Dezember 2019 auf 18 Uhr da kein Widerspruch aus dem Gemeinderat erfolgt.

Als Tagungsort wird der Sitzungssaal des Rathaus I bestimmt.